



Viel getan – viel zu tun!

Die Landesgruppe Niedersachsen
zieht eine Zwischenbilanz der 17. Wahlperiode

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,



vor zwei Jahren haben sich die Menschen in Deutschland für eine christlich-liberale Koalition entschieden. Mit ihrem Votum verbanden sie Hoffnungen: auf die Bewahrung des erarbeiteten Wohlstands und einen sicheren Arbeitsplatz, auf steuerliche Entlastungen, auf eine gute Zukunft für ihre Kinder. Heute können wir eine positive Halbzeitbilanz ziehen. Noch unter der Regierung Schröder galt Deutschland als kranker Mann Europas. Heute sagt das niemand mehr. Deutschland geht es so gut wie lange nicht. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die Menschen in unserem Land – mit ihrem Fleiß, ihrer Disziplin, ihrer Kreativität. Die christlich-liberale Koalition hat mit einer klugen Politik auf ganz unterschiedlichen Ebenen die richtigen Rahmenbedingungen dafür gesetzt, dass sich diese Kräfte entfalten können. So konnten wir, nur um ein Beispiel zu nennen, mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Menschen in Deutschland spürbar entlasten. Alleine im vergangenen Jahr betragen die Entlastungen gut 6,1 Milliarden Euro. Mit dem Steuervereinfachungsgesetz sollen weitere steuerliche Entlastungen von 590 Millionen Euro pro Jahr folgen. Auch die Beseitigung der kalten Progression wird in Angriff genommen.

An der positiven Zwischenbilanz der Koalition haben die Mitglieder der Landesgruppe Niedersachsen einen gewichtigen Anteil. Unsere Ministerin, unsere Staatsminister und Staatssekretäre, unsere Obleute und unsere Fachexperten in den Ausschüssen – sie alle haben in ihren Arbeitsbereichen sehr viel dafür getan, Deutschland weiter nach vorne zu bringen. Im politischen Berlin bleibt die Landesgruppe Niedersachsen ein wichtiger und ausgleichender Faktor. Zu unseren niedersächsischen Kollegen von der FDP pflegen wir ein freundschaftliches Arbeitsverhältnis. Gemeinsame Sitzungen zeugen davon. Auch mit der Landesregierung stehen wir in engem Kontakt. Im Bundeskanzleramt koordiniert zudem unser Landesgruppenmitglied Eckart von Klaeden die Bund-Länder-Beziehungen.

Obwohl wir niedersächsischen Bundestagsabgeordneten uns dem Wohl des ganzen deutschen Volkes verpflichtet fühlen, versuchen wir, bei unserer alltäglichen Arbeit in Berlin auch die Interessen unserer niedersächsischen Heimat zu berücksichtigen. Wie dies aussehen kann, zeigt z. B. das Ringen um die Konzernstandorte von Continental oder Volkswagen. Hier hatte sich in der vergangenen Legislaturperiode schon Rita Pawelski im Wirtschaftsausschuss für den Erhalt des VW-Gesetzes stark gemacht. Dr. Mathias Middelberg hat nun im Finanzausschuss maßgeblich daran mitgewirkt, dass ein unbemerktes „Anschleichen“ bei Unternehmensübernahmen durch nicht meldepflichtige Wertpapierkäufe – wie bei Porsche-VW oder Schaeffler-Conti – nicht mehr vorkommen kann. Übernahmen soll es weiter geben, aber fair und mit offenem Visier.

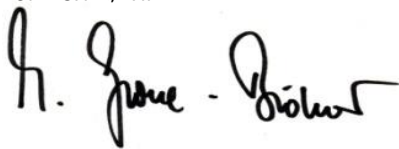
Oft profitiert unsere Heimat auch durch Maßnahmen in Politikfeldern, die auf den ersten Blick nichts mit Niedersachsen zu tun haben. Landesgruppenmitglied Hartwig Fischer engagiert sich seit langer Zeit im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und führt dort seit 2009 jährlich die Veranstaltung „Africa meets business“ durch. Sie dient der besseren Vernetzung und dem Aufbau von ökonomischen Beziehungen zwischen afrikanischen Staaten und der deutschen Wirtschaft. Dieses Networking schafft Beschäftigung in Afrika und sichert auch Arbeitsplätze bei uns zu Hause.

Niemand kann behaupten, dass in den vergangenen Monaten alles problemlos gelaufen ist. In vielen Politikfeldern herrscht weiter Handlungsbedarf. Gerade Europa stellt uns alle auf absehbare Zeit vor große Herausforderungen. Das birgt natürlich auch Konflikte. Eine Diskussion um den richtigen Weg gehört auch unter politischen Freunden zum Wesen der Demokratie. Aber sie darf nicht dazu führen, dass wir unsere Politik selber schlecht machen und sich die Bürger enttäuscht von Politik und Parteien abwenden.

Sicher spreche ich für alle meine Kollegen, wenn ich sage, dass diese 17. Wahlperiode bislang an großen Problemen nicht arm gewesen ist. Ob Wirtschaftskrise, Fukushima-Gau oder europäische Staatsschuldenkrise: Regelmäßig müssen auch wir Parlamentarier der Landesgruppe uns an Abstimmungsprozessen beteiligen, in denen Entscheidungen von größter Tragweite innerhalb kürzester Zeit zu treffen sind. Orientierung schafft hier die Leitidee des christlichen Menschenbildes. Diesem Motiv ist die Union in ihrer Politik verpflichtet. Als Fraktionsbeauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften gehört unser Landesgruppenmitglied Dr. Maria Flachsbarth zu den Initiatoren der Veranstaltungsreihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“. Bislang haben jeweils mehrere hundert Gäste gemeinsam darüber diskutiert, was der Kompass des Bildes vom Menschen, der nach dem Ebenbild Gottes geschaffen und zu Freiheit und Verantwortung berufen ist, für den politischen Alltag bedeutet. Die Reihe ist heute ein großer Erfolg.

Die genannten Beispiele des Anlegerschutzgesetzes, der Veranstaltung „Africa meets business“ und des Kongresses „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ sollen die Vielfalt der Arbeitsbereiche zeigen, denen sich die Mitglieder der Landesgruppe täglich widmen. Sinn und Zweck dieser Halbjahresbilanz ist es, diese große Vielfalt wiederzugeben. Und wir wollen zeigen, was wir erreicht haben. Grund zum Ausruhen gibt es nicht. Auch in der zweiten Halbzeit müssen wir als Team eine konzentrierte und engagierte Leistung bringen, für Deutschland und für Niedersachsen.

Herzlichst, Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Grosse-Brömer', written in a cursive style.

M. Grosse-Brömer MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen

Viel getan – viel zu tun!

Die Landesgruppe Niedersachsen
zieht eine Zwischenbilanz der 17. Wahlperiode

Nach der Katastrophe von Fukushima hat die Bundesregierung entschieden, die bereits im letzten Jahr beschlossene Energiewende noch einmal zu beschleunigen. Beim Übergang in das Zeitalter der regenerativen Energien wird Niedersachsen als Biogasland Nr. 1, aber auch aufgrund seiner bundesweit einzigartigen Potenziale bei der Offshore-Windenergienutzung, in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. Unser Landesgruppenmitglied Dr. Maria Flachsbarth hat aus diesem Grund die Verhandlungen zum Atomgesetz und zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) intensiv begleitet.

Der Anteil erneuerbarer Energie am Bruttostromverbrauch soll von heute 17 Prozent auf mindestens 35 Prozent im Jahr 2020 ausgebaut werden. Die Novelle des EEG hält an den bewährten Strukturen der Förderung – dem Einspeisevorrang und der 20jährigen Vergütungsdauer – fest. Zugleich aber soll die Markt- und Netzintegration mit Nachdruck gefördert werden. Nachfrageorientierung, der Ausbau von Netzen und Speichern sind dazu erforderlich. Daher haben wir maßgeblich das Netzausbaubeschleunigungsgesetz vorangetrieben. Die Windenergieerzeugung im Binnenland ist und bleibt der robuste Lastesel der erneuerbaren Energien. Große Windparks in der Nordsee bieten trotz der technischen Herausforderungen große Potentiale für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Biogasanlagen werden in Zukunft mehr und mehr als Lieferanten von Regel- und Ausgleichsenergie gebraucht werden. Dazu haben wir den Boni-

Dschungel gelichtet, die Anforderungen an Effizienz erhöht und die Flächenkonkurrenz gemildert. Um den Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden, wird zudem die Härtefallklausel für energieintensive Betriebe flexibler und großzügiger gestaltet und auf diesem Weg die Anzahl der privilegierten Unternehmen verzehnfacht.

Die Energiewende mit Augenmaß vorantreiben



Mit den Standorten Gorleben, Schacht Konrad und Asse übernimmt Niedersachsen auch Verantwortung für die deutsche Energievergangenheit. Die niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten haben sich in der 17. Wahlperiode für die Bewilligung des „Salzgitter/Schacht-Konrad-Fonds“ engagiert, der durch Arbeiten am Atomlager bedingte Standortnachteile in der Region ausgleichen wird. Durch ihre Mitglieder Dr. Maria Flachsbarth (Vorsitzende), Reinhard Grindel (Obmann der Fraktion) und Eckhard Pols ist die Landesgruppe Niedersachsen ferner im 1. Untersuchungsausschuss Gorleben kompetent vertreten. So wird sichergestellt, dass eine sachgerechte Debatte über die Endlagerproblematik geführt werden kann. Es ist eine Frage der Zukunftsgerechtigkeit, dass die heutige Generation, die die Kernkraft nutzt, auch die Frage der Endlagerung der gefährlichen Abfälle löst. Daher wird die Erkundung des Salzstocks Gorleben in einem transparenten Verfahren ergebnisoffen fortgesetzt werden. Bis zum Jahresende soll ein Entsorgungsgesetz vorliegen, das für den Fall der Nichteignung Gorlebens Kriterien sowie Verfahren für die Auswahl und Eignungsprüfung eines anderen Standorts festlegen wird.

Millionen von Personen und stetig wachsende Güterströme werden über niedersächsische Straßen, Schienen und Wasserwege befördert. Gerade unsere Seehäfen sind dabei von besonderer Bedeutung. Sie verbinden unsere Unternehmen mit den Weltmärkten und verladen Großteile des deutschen Außenhandels. Um ihre wichtige Funktion zu erfüllen, müssen unsere Häfen gut erreichbar sein. Deshalb bilden Erhalt und Ausbau der seewärtigen Anbindung und Seehafenhinterlandanbindung einen besonderen Arbeitsschwerpunkt der Landesgruppe Niedersachsen. Aus diesem Grund freuen wir uns sehr, dass unsere Landesgruppenmitglieder im Verkehrs- und Haushaltsausschuss, Hans-Werner Kammer, And-

reas Mattfeldt und Georg Schirmbeck bei den Haushaltsverhandlungen im Herbst 2010 erfolgreich für den zweigleisigen Ausbau der Eisenbahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven gekämpft haben. Jetzt wird die Hinterlandanbindung des JadeWeserPorts deutlich verbessert. In einem ersten Schritt wird die gesamte Strecke zunächst zweigleisig ausgebaut und mit einem effektiven Lärmschutz versehen. In einem zweiten Schritt, der politisch und finanziell schon vorbereitet ist, wird dann der Untergrund der Strecke verbessert, eine Elektrifizierung vorgenommen und der Lärmschutz auf einem sehr hohen Niveau realisiert. Auch die „Y-Trasse“ (Hannover–Hamburg/Bremen) bleibt von herausragender Bedeutung – für die Politik wie auch für die Deutsche Bahn AG. Das hat uns das Unternehmen in einem persönlichen Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, bestätigt. Die Ausbaustrecke Stelle – Lüneburg befindet sich im Bau und wird bis 2015 unter Verkehr sein.

Einsatz für Ausbau der Verkehrsinfrastruktur



Darüber hinaus wurde in Niedersachsen in den letzten zwei Jahren ganz erheblich in den Erhalt und Ausbau des Autobahnnetzes investiert. Dazu gehört der Ausbau der großen Magistralen A1 und A 7 sowie der Autobahnen A 20, A 26, A 33 und A 39. Auch die E 233 steht nach wie vor im Fokus. Die Küstenautobahn soll den strukturschwachen Nordwesten besser anbinden; davon profitiert unser heimischer Tourismus, unsere Industrie und Häfen. Daher werden wir uns weiterhin für eine schnelle Umsetzung der Planungs- und Baumaßnahmen einsetzen. Für die Mitglieder der Landesgruppe ist dabei wichtig, dass wirtschaftliche und logistische Notwendigkeiten mit den Bedürfnissen der Anwohner in Verbindung gebracht werden. Daher unterstützen wir die Planung und den Ausbau von Ortsumgehungen.

Im Rahmen der 7. Nationalen Maritimen Konferenz in Wilhelmshaven, an der auch zahlreiche Landesgruppenmitglieder wie Gitta Connemann, Enak Ferlemann, Michael Grosse-Brömer und Hans-Werner Kammer teilnahmen, hat sich die Landesgruppe Niedersachsen für eine Steigerung der Mittel für den Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt stark gemacht. Mit Erfolg: Das Bundesfinanzministerium hat eine Aufstockung von 57,2 Mio. Euro auf 89,2 Mio. zugesagt. Bei der anstehenden Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) setzen sich auch unser

Staatssekretär Enak Ferlemann sowie unsere Landesgruppenmitglieder Gitta Connemann und Hans-Werner Kammer dafür ein, dass Niedersachsen nicht zu kurz kommt. Die Landesgruppe Niedersachsen hat sich gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion insbesondere dafür ausgesprochen, dass eine Kategorisierung der Wasserstraßen nicht allein nach transportierten Tonnen erfolgen darf. Die Werthaltigkeit der Güter, der touristische Nutzen und die Netzstruktur müssen ebenso berücksichtigt werden. Die von unserem Koalitionspartner favorisierte weitgehende Privatisierung der WSV lehnen wir ab.

Niedersachsen muss Agrarland Nr. 1 bleiben



Mit Franz-Josef Holzenkamp ist seit Februar 2011 ein Niedersachse agrarpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Holzenkamp und Gitta Connemann sorgen als Fachexperten im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dafür, dass die niedersächsischen Präferenzen bei der Diskussion agrarpolitischer Fragestellungen nicht aus dem Blickfeld geraten. Dies ist umso wichtiger, als Niedersachsen Deutschlands Agrarland Nr. 1 ist. Unsere heimische Landwirtschaft erreichte 2008 einen Anteil von 18,3 Prozent an der Bruttowertschöpfung der gesamtdeutschen Landwirtschaft. Jedes fünfte Rind, jedes dritte Schwein und die Hälfte der deutschen Puten und Hähnchen stehen in einem niedersächsischen Stall. Aber auch in den anderen Produktionssektoren erreichen die niedersächsischen Landwirte immer wieder Spitzenpositionen: So kommen 15 Prozent des deutschen Weizens aus Niedersachsen. Die Anbaufläche für Zuckerrüben ist die größte im Deutschlandvergleich. Und es dürfte kaum einen deutschen Supermarkt geben, in dem nicht Obst und Gemüse aus unserem Bundesland angeboten werden. Dies alles erwirtschaften über 168.000 Menschen in etwa 50.000 landwirtschaftlichen Betrieben.

Bereits im letzten Jahr hatte sich die Landesgruppe erfolgreich dafür eingesetzt, dass die bisher befristete Kappung der Unter- und Obergrenze bei Agrardiesel entfristet wurde. Dies trägt heute zur Entlastung unserer heimischen Bauern bei, die z.B. gegenüber den benachbarten niederländischen Landwirten lange unter Wettbewerbsnachteilen zu leiden hatten. Da der internationale Handel ein wichtiges Standbein der niedersächsischen Ernährungswirtschaft ist, unterstützt die Landesgruppe Niedersachsen die Intensivierung und Fokussierung der Exportförderung durch das unionsgeführte Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Denn so wird Beschäftigung in unserer Ernährungswirtschaft und damit der Absatz in der

Landwirtschaft gesichert. Darüber hinaus wird die Landesgruppe Niedersachsen – trotz aller Widerstände – auch weiterhin dafür kämpfen, dass die traditionelle Brandkennzeichnung von Pferden auch in Zukunft vorgenommen werden kann.

Angesichts des fortschreitenden Strukturwandels in der Landwirtschaft haben sich Holzenkamp und Connemann auch für eine Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung eingesetzt, welche den niedersächsischen Vorleistungen (frühzeitige Fusion und damit Minimierung der Verwaltungskosten) sowie der Sondersituation des Gartenbaus Rechnung tragen wird. Der Bund stellt für die Errichtung eines Bundesversicherungsträgers zusätzlich 100 Mio. Euro zur Verfügung.

Wirtschaft stärken - Tourismus fördern



Im Wirtschaftsausschuss achtet Rita Pawelski darauf, dass die Interessen unserer heimischen Wirtschaft gewahrt werden. Da der Wirtschaftsstandort Niedersachsen von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt wird, gilt deren Wohl besondere Aufmerksamkeit. Die christlich-liberale Koalition hat die Kurzarbeiterregelungen verlängert, die Kreditvergabe vereinfacht und einen Kreditmediator eingerichtet. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurden zudem Wachstumshemmnisse beseitigt und Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert. Außerdem werden die energieintensiven Unternehmen bei der Energiewende gestützt.

Als Berichterstatterin im Wirtschaftsausschuss begleitet Rita Pawelski die Reform des Beschäftigtendatenschutzes sowie alle Themen im Bereich Automobilwirtschaft. Dabei hat sie sich u.a. für die nachhaltige Ausgestaltung der Europäischen Verordnung zur Minderung der CO₂-Emission leichter Nutzfahrzeuge engagiert und dazu Gespräche mit dem Verband der Automobilindustrie sowie den wichtigsten Automobilherstellern wie Volkswagen geführt. In ihrer Funktion als Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagiert sich Pawelski darüber hinaus sehr intensiv für mehr Frauen in Führungspositionen.

Mit der Ist-Besteuerung haben Unternehmen die Möglichkeit, die Umsatzsteuer erst nach Begleichung der Rechnung durch den Leistungsempfänger ans Finanzamt abzuführen. Im Frühjahr 2009 beschloss die Große Koalition, bis zum 31. Dezember 2011 die Umsatzgrenze von 250.000 Euro auf 500.000 Euro anzuheben. So wurde ein Beitrag zur Liquiditätssicherung der Betriebe geleistet. Die Arbeitsgruppe Handwerk der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit unserem

Kollegen Eckhard Pols hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Regelung nunmehr dauerhaft gilt. Die christlich-liberale Wirtschaftspolitik trägt dazu bei, Wachstum, Arbeit und Wohlstand in unserem Land zu sichern.

Der Tourismus hat für Niedersachsen besondere Bedeutung. Über 300.000 Menschen leben direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr. Alleine im ersten Halbjahr 2011 kamen 5,7 Mio. Gäste nach Niedersachsen. Vor diesem Hintergrund hat der Koalitionsantrag „Kulturtourismus in Deutschland stärken“ eine wichtige Bedeutung. Der Antrag wurde federführend für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von unserem Landesgruppenmitglied Rita Pawelski entwickelt und auf den Weg gebracht. Er enthält 13 Forderungen an die Bundesregierung, um die Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus weiter zu verbessern und Potenziale zu nutzen. Davon wird das Kultur- und Tourismusland Niedersachsen mit seinen Schlössern, Burgen und Herrensitzen, seinen Gärten und Parks, seinen Museen, seinen historischen Stadtkernen und Dörfern sowie seinen vielen Schützenfesten profitieren. Darüber hinaus setzen sich insbesondere unsere Landesgruppenmitglieder Gitta Connemann und Hans-Werner Kammer dafür ein, dass die Flüge zu unseren Nordseeinseln von der Luftverkehrsabgabe befreit bleiben. Für die Insulaner konnte bereits eine solche Entlastung erreicht werden; eine Befreiung für die Insel-Touristen steht noch aus.

Das Finanzwesen muss wieder stärker der Realwirtschaft dienen



Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir Lehren aus der Finanzmarkt- und der aktuellen Staatsschuldenkrise ziehen. Exzesse an den Kapitalmärkten müssen eingedämmt, die Banken auf ihre dienende Funktion zurückgeführt werden. Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung haben wir, so berichtet unser Finanzausschussmitglied Dr. Mathias Mittelberg, gerade in Deutschland aber schon viel geleistet. Zu den zentralen Reformen gehören die Beschlüsse des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken (Basel III). Mit höheren Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen können zukünftig Verluste besser absorbiert und die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors insgesamt gestärkt werden. Im Unterschied zu früher können systemisch relevante Banken jetzt „Pleite gehen“. Mit dem Restrukturierungsgesetz vom 9. Dezember 2010 haben wir eine Rechtsgrundlage geschaffen, um solche Banken schonend für die Stabilität der Fi-

nanzmärkte restrukturieren oder geordnet abwickeln zu können. Fälle wie HRE oder IKB wird es so, wie erlebt, nicht mehr geben.

Ausufernde Banker-Boni sind zu Recht kritisiert worden. Mit dem Gesetz über die Anforderungen an Vergütungssysteme haben wir die Aufsichtsräte bei Banken und Versicherungen dazu verpflichtet, über eine angemessene und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütung der Mitarbeiter zu wachen. Im Einzelfall kann die Bankenaufsicht die Auszahlung von Vergütungsbestandteilen untersagen. In die Verbriefung von Kreditforderungen dürfen Banken jetzt nur noch investieren, wenn die Emittenten dieser Verbriefungen einen Anteil von 5 Prozent der verbrieften Risiken selbst behalten, ab 2015 sogar 10 Prozent. Die Beteiligten werden sich die verbrieften Risiken jetzt sehr viel genauer ansehen, weil sie ja einen Anteil selbst tragen müssen. Unsinnige, rein spekulative Geschäfte wie ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien oder Kreditversicherungen auf Staatstitel der Eurozone, die keiner Absicherung dienen, haben wir schon im Sommer 2010 generell verboten. Mit dem im April 2011 in Kraft getretenen Anlegerschutzgesetz gibt es für Anleger mehr Transparenz – durch klare Produktinformationen („Beipackzettel“), Beratungsprotokolle und die Offenlegung von Provisionen. Vertriebspersonen, die fehlerhaft beraten, haften jetzt wesentlich schärfer.

Voraussetzungen für Engagement klar verbessert



Mit Dr. Hermann Kues, unserem Parlamentarischem Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, sowie den ordentlichen Familienausschussmitgliedern Ewa Klamt und Eckhard Pols konnten wir gute Akzente in der Familienpolitik setzen, die auch in Niedersachsen spürbar sein werden. Dazu zählen beispielsweise die Familienpflegezeit, die einen großen Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellt, aber auch das Kinderschutzgesetz. Ein wirksamer und aktiver Kinderschutz, der auf den beiden Säulen Prävention und Intervention fußt, soll ermöglicht werden, insbesondere durch eine gesetzliche Verankerung Früher Hilfen, um junge Eltern von Anfang an zu unterstützen. Weiterhin soll eine bessere strukturelle Vernetzung auf der örtlichen Ebene zwischen dem Gesundheitswesen, Schwangerenberatungsstellen, Familien- und Jugendgerichten, der Polizei und dem Jugendamt stattfinden. Geplant ist auch der Einsatz von Familienhebammen, für die der Bund ab dem Jahr

2012 über vier Jahre 30 Millionen Euro pro Jahr bereitstellt. Mit der „Offensive Frühe Chancen“ soll darüber hinaus die Entwicklung von Sprachkompetenzen als Schlüssel zur Integration bereits im Kindergarten gefördert werden. Dabei werden allein in Niedersachsen 270 Kindertagesstätten zu sogenannten „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ ausgebaut. Die geförderten Einrichtungen können mit den 25.000 Euro Bundesmitteln pro Jahr eine zusätzliche Fachkraft zur gezielten Sprachförderung einsetzen und so allen Kindern bessere Teilhabe und Chancengerechtigkeit ermöglichen.

Unsere Familienpolitiker haben sich auch dafür eingesetzt, dass der neue Bundesfreiwilligendienst, sowie die bestehenden Dienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) von dem massiven Ausbau der finanziellen Förderung profitieren. Der Bund stellt für 2012 rund 350 Millionen Euro für Freiwillige Dienste zur Verfügung; allein die Länderdienste werden mit ca. 93 Millionen Euro gefördert. Sie erhalten also knapp das Vierfache der bisherigen Unterstützung. In Niedersachsen können damit gut 2.800 Freiwillige im FSJ und FÖJ sowie rund 1.500 „Bufdis“ bei ihrem Einsatz unterstützt werden. Eine Stärkung des gesellschaftlichen Engagements bedeutet übrigens auch der neue Feuerwehrführerschein, für den sich die Landesgruppe Niedersachsen intensiv engagiert hatte. Feuerwehren dürfen nun neben der internen Einweisung auch eine organisationsinterne Prüfung auf Einsatzfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von bis zu 7,5 t durchführen. Durch diesen Wegfall unnötiger bürokratischer Hürden wird die Einsatzfähigkeit der freiwilligen Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes erhöht und ein neuer Anreiz zum ehrenamtlichen Engagement geschaffen.

Instrumentenreform: Chancen des robusten Arbeitsmarktes nutzen



Unter der Federführung unserer Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen wurden in dieser Legislaturperiode mit der Jobcenter-Reform und der Regelsatz-Neufassung samt großem Bildungspaket zentrale arbeitsmarktpolitische Verbesserungen auf den Weg gebracht. Unser Landesgruppenmitglied Gitta Connemann hatte sich bei der Gestaltung des Bildungs- und Teilhabepaketes dafür eingesetzt, dass auch die Beförderungskosten für den Besuch weiterführender Schulen wie Gymnasien oder berufsbildende Schulen übernommen werden. Bislang lag dies im Ermessen der Länder. Die Kosten wurden in Niedersachsen nicht erstattet. In einem Flächenland mit vielen ländlichen Regionen, in denen Schüler bisweilen lange und damit teure Wege mit dem öffentlicher Personennahverkehr zurücklegen

müssen, führte das dazu, dass Jugendliche aus Hartz-IV-Haushalten bzw. aus einkommensschwachen Haushalten diese Schulen nicht besuchen konnten. Jetzt haben wir hier mehr Chancengerechtigkeit.

Die Instrumentenreform hat jetzt den Bundestag passiert. Zu den wesentlichen Eckpunkten der Reform gehören: eine größere Freiheit für die Vermittler vor Ort, eine Stärkung des Budgetgedankens und die Verhinderung von Mitnahmeeffekten. Mit der Reform wird die christlich-liberale Koalition den bisherigen Instrumenten-Baukasten neu ordnen und somit die Effektivität der Vermittlung von arbeitssuchenden Menschen in den ersten Arbeitsmarkt weiter erhöhen. Dabei profitieren Arbeitssuchende und Vermittler von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einem nach wie vor robusten Arbeitsmarkt. Unter der christlich-liberalen Koalition konnte die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland deutlich gesenkt werden. Im September 2011 waren erstmals seit 20 Jahren weniger als 2,8 Millionen Menschen ohne Beschäftigung!

Arbeit und Soziales: Entlastung für unsere Kommunen



Unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten Rita Pawelski und Gitta Connemann wie auch die anderen Landesgruppenmitglieder unterstützen die Instrumentenreform, legen aber ebenso Wert darauf, dass bewährte Institutionen in Niedersachsen bei neuer Fördergrundlage weiter ihre Arbeit verrichten können. Damit sind vor allem die Jugendwerkstätten gemeint. Das Bundesarbeitsministerium, das Land Niedersachsen und die Bundesagentur für Arbeit werden zusammen mit den regionalen Jobcentern und den Trägern der Werkstätten darüber beraten, wie die Jugendwerkstätten auch in Zukunft weiter ihren wertvollen Beitrag leisten können, ohne dass es zu Brüchen zwischen dem gegenwärtigen und dem künftigen Förderungsmodus kommen wird. Durch eine Änderung im Gesetzestext wurde darüber hinaus die kooperative überbetriebliche Ausbildung gesichert, die gerade in Niedersachsen eine wichtige Rolle spielt.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist eine einheitliche Leistung für alle erwerbsfähigen Menschen, die hilfebedürftig sind, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. Hier hat der Bund zugesagt, die Kosten für die Grundsicherung Älterer und Erwerbsgeminderter schrittweise zu übernehmen. Dies bedeutet eine erhebliche strukturelle Verbesserung auch für die niedersächsischen Kommunen. Bisher zahlt der Bund 16 Prozent der Ausgaben der Stadt- und Landkreise in

diesem Bereich. Im Jahr 2012 sollen es 45 Prozent werden, 2013 steigt der Anteil auf 75 Prozent und 2014 auf dann dauerhafte 100 Prozent. Die Gesamtentlastung für die Kommunen beläuft sich allein im Zeitraum von 2012 bis 2015 auf zwölf Milliarden Euro.

Studien zeigen, dass Niedersachsen ein Mangel an qualifizierten Fachkräften ins Haus steht. Ursächlich ist die Alterung der Gesellschaft, die mit einem Wandel der Wirtschaftsstruktur von der industriellen zur wissensbasierten Produktion zusammenfällt. Unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales unterstützt mit einem Fachkräftekonzept die Bemühungen der niedersächsischen Landesregierung und der Kommunen, sowie der betroffenen Unternehmen und Sozialpartner, in Zukunft genügend Fachkräfte auch an niedersächsischen Standorten zu sichern. Zu den Maßnahmen gehört, dass z.B. bei der Einstellung von Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieuren künftig nicht mehr vorrangig geprüft werden muss, ob es auch inländische Bewerber gibt. Die Firmen können auch ausländische Bewerber mit äquivalenter Ausbildung einstellen.

Besonderen Wert legt unsere Bundesarbeitsministerin auf den Bericht „Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt“, der Ende 2010 vorgelegt wurde. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich die wirtschaftliche und soziale Lage der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich verbessert hat. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Älteren ist deutlich gestiegen. Insgesamt hält die Bundesregierung an der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre fest, um gesellschaftlichen Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Vorfahrt für Bildung und Forschung



Eine gute Schul- und Hochschulausbildung ist die Basis für eine erfolgreiche Erwerbsbiografie, die ihrerseits gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Unsere Bildungspolitiker Ewa Klamt und Axel Knoerig haben dafür gekämpft, dass der Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um 10 Prozent auf 12,8 Mrd. Euro gesteigert wird. Mit dem Qualitätspakt Lehre werden für junge Menschen die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre verbessert. Die Möglichkeiten der Studienfinanzierung werden durch die Anhebung der Mittel für BAföG und Begabtenförderung sowie das Deutschlandstipendium merklich ausgebaut.

Die christlich-liberale Koalition legt insgesamt einen Fokus auf die Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung sowie die Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Mit der Initiative „Berufseinstiegsbegleitung Bildungsketten“ soll das Ziel erreicht werden, Schulabbrüche deutlich zu verringern, die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und später ins Berufsleben zu verbessern und dadurch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sie wird bundesweit an 1000 Hauptschulen durchgeführt. Mit der Qualifizierungsinitiative „Allianz für Bildung“ sollen lokale Bildungsbündnisse vorbereitet werden, in denen Vereine, Verbände und engagierte Bürger in enger Abstimmung mit Schulen und Kommunen Maßnahmen entwickeln, die Kindern und Jugendlichen elementare Kulturtechniken sowie Lern- und Lebenshaltungen wie Teamgeist und Anstrengungsbereitschaft vermitteln sollen.

Als zuständiger Berichterstatter hat Landesgruppenmitglied Axel Knoerig die Hightech-Strategie (HTS) 2020 begleitet, die im letzten Jahr beschlossen wurde. Für das Jahr 2011 steht ein Fördervolumen von 133 Mio. Euro zur Verfügung. Das Ziel der HTS ist es, über Wissenschafts- und Technologietransfer Leitmärkte zu schaffen, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu vertiefen und die Rahmenbedingungen für Innovationen weiter zu verbessern. Deutschland soll zum Vorreiter bei auf Wissenschaft und Technik beruhenden Lösungen auf den Feldern Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation werden. Davon werden auch kleine und mittlere Unternehmen in Niedersachsen profitieren.

Niedersachsen wird wichtiger Bundeswehrstandort bleiben



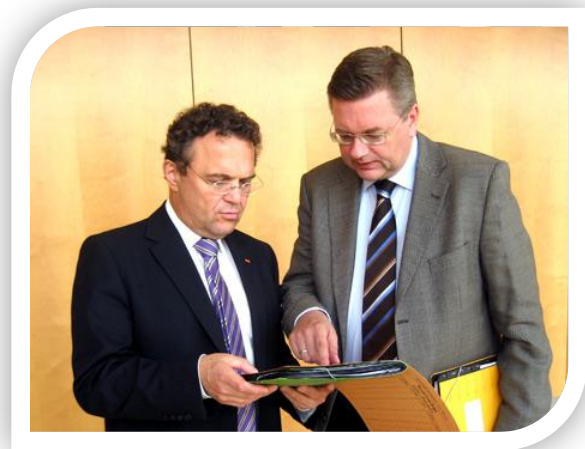
Die zentrale verteidigungspolitische Herausforderung ist neben den Auslandseinsätzen die Neuausrichtung der Bundeswehr. In den Auslandseinsätzen der Bundeswehr leisten niedersächsische Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag und gehen dabei ein erhebliches Risiko für Leib und Leben ein. Bei zahlreichen Reisen ins Einsatzgebiet und in niedersächsische Standorte nimmt unser Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Kossendey die Sorgen und Nöte der Soldatinnen und Soldaten auf. Konkrete Verbesserungen für Einsatzgeschädigte und ihre Angehörigen sollen mit dem Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz erreicht werden, welches maßgeblich von unserem Landesgruppenmitglied Henning Otte, dem Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuss, initiiert worden ist. Die medizinische und psychologische Betreuung erfolgt an zahlrei-

chen niedersächsischen Einrichtungen, auch der Wissenschaftsstandort Niedersachsen ist bei der Entwicklung neuer Therapieansätze gefordert.

Die Landesgruppe Niedersachsen hat sich insbesondere mit Thomas Kossendey und Henning Otte dafür eingesetzt, dass Niedersachsen im Zuge der Reformen ein wichtiger Bundeswehrstandort bleibt. Ein zentrales Ziel bleibt es dabei für unsere niedersächsischen Verteidigungsexperten, die Bedingungen an den Standorten kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört die Optimierung der Infrastruktur unserer heimischen Standorte, aber auch Maßnahmen im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Dienst, wie z.B. der Ausbau arbeitsplatznaher Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Darüber hinaus beschäftigt das Thema Piraterie die in Niedersachsen ansässigen Reeder. In der Vergangenheit haben sich Staatssekretär Kossendey und die Mitglieder der Landesgruppe immer wieder mit den niedersächsischen Reedern getroffen, um sich über die Situation auf dem Laufenden zu halten.

Das Eintreten für innere Sicherheit gehört zum Markenkern der Union. Darauf müssen sich die Bürger weiter verlassen können. In der Koalition machen sich die Innen- und Rechtspolitiker unserer Landesgruppe – Reinhard Grindel (Obmann der Fraktion im Innenausschuss), Günter Lach und Fraktions-Justiziar Michael Grosse-Brömer – dafür stark, Sicherheitsstrukturen stetig weiter zu entwickeln, ohne dabei die Balance von kollektiver Sicherheit und individueller Freiheit zu gefährden.

Für eine gute Balance von Freiheit und Sicherheit



Zur Bekämpfung der illegalen Einreise und des internationalen Terrorismus wollen wir eine neue Visa-Warndatei einrichten. Der Untersuchungsausschuss zum Visamissbrauch hat die Notwendigkeit einer Visa-Warndatei nicht nur für die Arbeit der Visastellen, sondern für die Sicherheitsbehörden insgesamt verdeutlicht. Das neue nationale Cyber-Abwehrzentrum dient dem Kampf gegen die steigende Internet-Kriminalität. Durch Weiterentwicklung der Regelungen zur Sicherungsverwahrung wird dem Schutz der Bevölkerung vor hochgefährlichen Straftätern Sorge getragen. Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität wird die christlich-liberale Koalition einen Warningschussarrest einführen und im Jugendstrafrecht die Höchststrafe für Mord auf 15 Jahre anheben.

Als Berichterstatter im Bereich Aufenthaltsrecht arbeitete unser Landesgruppenmitglied Reinhard Grindel daran mit, dass in diesem Bereich verschiedene Gesetzesvorhaben verabschiedet werden konnten. Mit dem sog. „Aufenthaltsrechtlichen Paket“ wurden mehrere im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben umgesetzt und ein angemessener Ausgleich zwischen „Fördern“ und „Fordern“ im Bereich der Integration erreicht. Zur Bekämpfung von Zwangsheiraten wurde ein eigener Straftatbestand geschaffen und die Position der Opfer durch ein aufenthaltsrechtliches Rückkehrrecht und verlängerte Antragsfristen für die Aufhebung von Zwangsehen verbessert. Zur Bekämpfung sog. Scheinehen wurde die Mindestbestandszeit einer Ehe, die für den Fall des Scheiterns der Ehe ein eigenständiges Aufenthaltsrecht begründet, von zwei auf drei Jahre verlängert.

Eine Härtefallklausel schützt vor häuslicher Gewalt. Die Regelungen zur räumlichen Beschränkung von Asylbewerbern und Geduldeten (Residenzpflicht) wurden gelockert, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung, Ausbildung oder Schul- und Studienbesuch zu erleichtern. Integrationsverweigerer werden durch die Verpflichtung der Ausländerbehörden, vor Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis festzustellen, ob einer Pflicht zur Teilnahme am Integrationskurs nachgekommen wurde, konsequenter erfasst. Als positives Signal für gelungene Integration werden erstmalig ein eigenständiger Aufenthaltstitel für gut integrierte geduldete Jugendliche und entsprechende Begleitrechte für die Familienangehörigen geschaffen.



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Gitta Connemann MdB | www.gitta-connemann.de

Unterems



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Enak Ferlemann MdB | www.enak-ferlemann.de

Cuxhaven - Stade



Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Hartwig Fischer MdB | www.hartwig-fischer.de

Göttingen



Stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe
Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Auswärtiger Ausschuss

Dr. Maria Flachsbarth MdB | www.flachsbarth.info

Hannover - Land



Vorsitzende im 1. Untersuchungsausschuss Gorleben
Mitglied im Ältestenrat des Deutschen Bundestages
Beauftragte d. CDU/CSU-Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Reinhard Grindel MdB | www.reinhard-grindel.de

Rotenburg – Soltau - Fallingbommel



1. Untersuchungsausschuss Gorleben (Obmann der CDU/CSU-Fraktion)
Innenausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien (Obmann der CDU/CSU-Fraktion)

Michael Grosse-Brömer MdB | www.m-grosse-broemer.de

Harburg



Vorsitzender der Landesgruppe
Justiziar der CDU/CSU-Fraktion
Rechtsausschuss

Franz-Josef Holzenkamp MdB | www.fj-holzenkamp.de

Cloppenburg –Vechta



Stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe
Agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Werner Kammer MdB | www.hans-werner-kammer.de

Friesland-Wilhelmshaven



Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Eckart von Klaeden MdB | www.von-klaeden.de

Hildesheim



Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
(Bürokratieabbau und Bund-Länder-Beziehungen)

Ewa Klamt MdB | www.ewaklamt.de

Gifhorn - Peine



Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Axel Knoerig MdB | www.axel-knoerig.de

Diepholz - Nienburg



Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Thomas Kossendey MdB | www.thomaskossendey.de

Oldenburg - Ammerland



Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Dr. Hermann Kues MdB PSts | www.hermann-kues.de

Mittelems



Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Günter Lach MdB | www.guenter-lach.de

Helmstedt - Wolfsburg



Innenausschuss

Dr. Ursula von der Leyen MdB | www.ursula-von-der-leyen.de

Hannover



Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Andreas Mattfeldt MdB | www.andreas-mattfeldt.de

Osterholz - Verden



Haushaltsausschuss
Petitionsausschuss

Dr. Mathias Middelberg MdB | www.mathias-middelberg.de

Osnabrück



Finanzausschuss

Bernd Neumann MdB | www.bundesregierung.de

Bremen



Staatsminister bei der Bundeskanzlerin (Kultur und Medien)

Henning Otte MdB | www.henning-otte.de

Celle - Uelzen



Verteidigungsausschuss (Obmann der CDU/CSU-Fraktion)

Rita Pawelski MdB | www.rita-pawelski.de

Hannover



Stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe
Vorsitzende Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion
Ausschuss für Tourismus (stellvertretende Vorsitzende)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Eckhard Pöls MdB | www.pols-cdu.de

Lüchow – Dannenberg - Lüneburg



Kinderkommission
1. Untersuchungsausschuss Gorleben
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Georg Schirmbeck MdB | www.schirmbeck.info

Osnabrück



Schatzmeister der Landesgruppe
Finanzkommission der CDU/CSU-Fraktion
Haushaltsausschuss

Landesgruppe Niedersachsen
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorsitzender:
Michael Grosse-Brömer MdB

Geschäftsführer:
Stefan Krüppel [stefan.krueppel@cducsu.de]
(030) 227 79498

Wissenschaftlicher Mitarbeiter:
Dr. des. Christian Junge [christian.junge@cducsu.de]
(030) 227 72599

(030) 227 70139 (Fax)

Bildnachweis:
S. Schmich/Pixelio (Titel)
Deutscher Bundestag/Studio Kohlmeyer (Titel)
BMVBS (Foto E. Ferlemann)
R. Deischi (Foto Dr. U. von der Leyen)